

tion und die Kennzeichnung der gesellschaftlichen Verantwortung nennt der Text Solidarität, Teilhabe, Zukunftsorientiertheit, Entfaltungsfreiheit und Gleichheit. Als *Aufgaben für Wirtschaft und Gesellschaft* werden angeführt: Die Betriebe sollten jede freiwerdende Ausbildungskapazität auch weiterhin nutzen; Betriebe in prosperierenden Regionen sollten sich darum bemühen, auch Heranwachsende aus benachteiligten Regionen zu gewinnen; Fehlqualifizierten sollte die Möglichkeit geboten werden, eine verwertbare berufliche Qualifikation

zu erwerben; die Belange der weiblichen Arbeitnehmer sollten berücksichtigt werden; es müßten auch Arbeitsplätze für weniger qualifizierte jugendliche und ältere Arbeitskräfte erhalten und geschaffen werden. Die *Kirchengemeinden* sollten, so die Stellungnahme zu den Aufgaben der Kirche, gezielt Überlegungen zur Hilfe für arbeitslose Jugendliche anstellen. Die Seelsorge an jungen Erwerbslosen sollte verstärkt werden. Die Kirche könne ihre Mitglieder verstärkt zu lokalen Beschäftigungs- und Ausbildungsinitiativen von Jugendlichen auffordern.

Bücher

JOSEPH KARDINAL RATZINGER, *Ökumene und Politik*. Neue Versuche zur Ekklesiologie. Johannes Verlag, Einsiedeln 1987. 288 S. 49,- DM.

Der Band versammelt in sich Beiträge Ratzingers aus den letzten Jahren. Die meisten von ihnen stammen aus der Zeit, in der Ratzinger bereits Präfekt der römischen Glaubenskongregation war. Und einige von ihnen, besonders die Beiträge zur Ökumene und der abschließende Artikel über „Freiheit und Befreiung“ (227–243) – praktisch ein persönlicher Kommentar Ratzingers zur Instruktion „*Libertatis conscientia*“ –, müssen in einem mehr oder weniger direkten Zusammenhang mit der lehramtsleitenden Funktion des Autors gesehen werden. Der Band ist ein ebenso ungewöhnliches wie für die gegenwärtige Auseinandersetzung über theologische und kirchenpolitische Fragen und deren Querverbindungen zu Gesellschaft, Ethos und Staat unentbehrliches Buch. Ungewöhnlich deshalb, weil Ratzinger es nicht bei der Wiedergabe der ursprünglich an verschiedensten Orten veröffentlichten Beiträge beläßt, sondern die durch sie ausgelöste Diskussion in Nachträgen und Anmerkungen miteinbezieht, dabei weder einen Kontrahenten noch sich selbst schonend. Der Gesamttitel ist als Addition zu lesen. Der Untertitel ergibt nur einen Sinn, wenn man Ekklesiologie sehr weit gefaßt versteht, im Sinne der Querbezüge von Kirche, Glaube, Theologie zu Fragen von Politik, Staat und Gesellschaft. Dabei faszinieren vor allem die geistes- und ideengeschichtlichen Perspektiven, in denen Ratzinger theologische, ökumenische und kirchenpolitische Fragestellungen zu beleuchten versteht und wie er umgekehrt geistesgeschichtliche und ethische Fragestellungen, Gesellschaft und Staat betreffend, theologisch einordnet. Nicht untypisch für das Publikationsklima im gegenwärtigen Katholizismus: Die Kontrahenten Ratzingers haben sich vor allem zu dessen ekklesiologischen und ökumenischen Aussagen zu Wort gemeldet. Ratzingers Ausführungen zu gesellschaftlich-politischen Fragen wurden mit Respekt registriert, aber kaum jemand sah sich offenbar zu einer vergleichbaren Auseinandersetzung herausgefordert, wie z. B. zu Ratzingers in

diesem Band abgedruckten seinerzeitigen Communio-Interview über „Luther und die Einheit der Kirchen“ (97–115). Indessen sind letztere nicht weniger anregend und zum Widerspruch reizend als vieles an den ersteren. Z. B. seine aktuelle Gewichtung des Marxismus und dessen Einordnung in die Europäische Geistesgeschichte. Oder, um nur eine Kleinigkeit zu nennen: Es spricht in der Tat, so wie es Ratzinger formuliert, einiges dafür, daß Demokratien heute durch die Verlegung des Ethos von den Personen in die Strukturen gefährdet werden (185 f.). Aber vermutlich werden sie es, durch ein gesinnungsethisch verabsolutiertes Gewissen, das sich kompromißunfähig macht, nicht weniger. Dazu etwas Präziseres zu sagen, hätte angesichts Ratzingers Plädoyer für das Aushalten des Vorläufigen als geschichtlicher Grundbedinglichkeit des Menschen nahegelegen. Wenn Ratzinger im Zusammenhang mit seinen in Richtung der Autoren keineswegs schmeichelhaften Bemerkungen zu den Rahner-Fries-Thesen über kirchliche Wiedervereinigung (Einigung der Kirchen – reale Möglichkeiten, Freiburg 1983) feststellt, bei einzelnen evangelischen Autoren habe er mit seiner Kritik eher Zustimmung gefunden, während er „im katholischen Bereich überwiegend mit Beschimpfungen bedacht worden“ sei, so gibt es neben theologischen Positionen und Kriterien vermutlich eine recht einfache Erklärung dafür. Es ist für Ratzinger nicht ganz leicht, sich als Träger seines Amtes in den theologischen Clinch zu begeben, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, hier streite nicht ein Theologe mit Theologen, sondern weise der Präfekt der Glaubenskongregation zu recht. Dennoch ginge es in der deutschsprachigen Theologie noch um einiges langweiliger zu, würde ein Mann vom Niveau Ratzingers auf die Rolle des theologischen Disputanten verzichten.

In einem der „Nachworte“ (vgl. S. 117) kreidet der Kardinal übrigens unserer Zeitschrift an, diese sei „leider oft mehr auf Parteipolemik als auf theologische Sachauseinandersetzung bedacht“. Mag sein, daß nicht jede wertende Berichterstattung allen argumentativen Verzweigungen eines Problems gleichmäßig gerecht wird. Es gelingt ja selbst bei katholischen Dogmendefinitionen

nicht ohne weiteres, mit der wirklichen Wahrheit, die eine Definition aussagen will, zugleich die volle Wahrheit dessen auszusagen, was auch zu sagen wäre. Um so weniger darf sich eine Zeitschrift überfordern. Und: Als Informationszeitschrift sind wir zwar gehalten, über theologische Auseinandersetzungen und gelegentlich auch über Parteipolemiken referierend und wertend zu berichten, aber an Parteipolemik in ihren Spalten kann sich der Rezensent selbst bei sorgfältigster Gedächtnisübung nicht erinnern. Und gegen Pointierung kann der Kardinal nichts haben. Er praktiziert sie selbst exemplarisch auf hohem Niveau.

D. S.

ERNST GUTTING, Offensive gegen Patriarchalismus. Für eine menschlichere Welt. Verlag Herder, Freiburg 1987. 174 S. 19,80 DM.

Deutlicher als manches andere, was zum Thema Frau und Kirche momentan erscheint, zeigt dieses nicht sehr umfangreiche Buch ohne einen wissenschaftlichen Anspruch des Speyerer Weihbischofs und Referenten für Frauenseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz Ernst Gutting, wo wir in diesen Fragen heute stehen: Aufrührerisches ist darin nicht zu finden; die Diktion des Buches ist eher bedächtig (der Buchtitel wirkt knalliger, als der Inhalt wirklich ist) – und dennoch wird damit bereits die Schwelle dessen überschritten sein, was Teile des Katholizismus für vertretbar halten. Auch neue Erkenntnisse werden darin eigentlich nicht mitgeteilt: der Autor kann sich auf viele Forschungsergebnisse aus Soziologie, Sozialpsychologie und – soweit Kirche und Theologie betroffen sind – Exegese stützen, wobei er sogar das meiste, was in der feministischen Theologie gedacht wird, unberücksichtigt läßt – und trotz alledem wird für manchen Katholiken die Lektüre dieses Buches ein Aha-Erlebnis sein können: Vielleicht kann die Tatsache, daß der Autor Mitglied der Deutschen Bischofskonferenz ist, bei manchen Katholiken Berührungspunkte mit diesem Thema abbauen. Die für Kirche und Gesellschaft fälligen Veränderungen im Zusammenhang mit der Stellung der Frau handelt Gutting nicht etwa mit der inzwischen oft zu hörenden allgemeinen Aufforderung ab, die Frau müsse mit ihren Fähigkeiten stärker zum Zuge kommen. Für ihn hat dieser nötige Wandel schlechthin *Umkehr*-Qualität. Gutting geht die Frage auch breiter an als nur vor dem Hintergrund von pro und contra Zulassung der Frau zu kirchlichen Ämtern, von denen sie bislang ausgeschlossen ist – obgleich er diese Frage natürlich auch nicht ausläßt: Daß ihn die bislang vorgebrachten Argumente gegen eine Zulassung von Frauen zum Priestertum nicht überzeugen, ist unüberhörbar. Auf den ersten Blick klingt vieles in diesem Buch so selbstverständlich – aber genau dies ist es eben nicht, und deshalb kann dieses Buch vielleicht gute Dienste leisten.

K. N.

HERMANN LÜBBE, Fortschrittsreaktionen. Über konservative und destruktive Modernität. Verlag Styria, Graz – Wien – Köln 1987. 220 S. 34,- DM.

Unter dem Titel „Fortschrittsreaktionen“ veröffentlicht der bekannte Züricher Sozialphilosoph 15 Essays, die als Vorträge oder Einzelpublikationen überwiegend in den achtziger Jahren entstanden sind, vielfach aber noch die „neokonservative“ Auseinandersetzung mit linksintellektuellen Positionen, vor allem solche radikaldemokratisch-neomarxistischer Art, wie sie für die siebziger Jahre bezeichnend war. Der zusammenfassende Titel ist in sich ambivalent. Seine Verdeutlichung anhand der Inhalte ergibt, daß es vor allem um zwei Perspektiven geht: um die Beschreibung von Fortschrittsprozessen unter den heutigen wissenschaftlich-technischen Bedingungen und um die Zurückweisung derer, die die Moderne als Ausdruck dieses Fortschritts und der damit gewonnenen politisch-gesellschaftlichen Freiheiten „zwangsemanzipatorisch“, damit letztlich totalitär überschreiten wollen. Lübke selbst beschreibt dieses sein Anliegen bündig als „Verteidigung der politischen und kulturellen Aufklärung gegen sich selbst“ (Vorwort). Exemplarisch für die erste Perspektive ist sein Kurzesay über „Zeit im Fortschritt“ (110–115), in dem erst – wie anderswo schon ausführlicher – mit den sozialpsychologischen Wirkungen des Einanders von Zeitverkürzung durch Fortschrittsbeschleunigung und der Steigerung des persönlichen Zeitbudgets durch Produktivitätszunahmen, die Fluchtenden aus den technischen Bedingungen des Fortschritts wie den Rückzug auf „Selbstverwirklichung“ gleichermaßen erklären. Für die zweite Perspektive und damit für die ureigene Intention Lübkes steht dessen längerer Beitrag „Zur Philosophie des Liberalismus und seines Gegenteils“ (41–55). Liberalismus, politischer Liberalismus zumal ist für Lübke „das System des prinzipiellen Verbotes, die großen, lebensorientierten Wahrheiten mit politischer Anerkennungsverpflichtung auszustatten“.

Darüber läßt sich insofern streiten, als das ungefähr das ist, was heute im geronnenen Zustand als liberales Erbe in die Parteiprogramme der Parteien der zweiten Säkularisierung (nach Erledigung der großen Welterklärungsmodelle des 19. Jahrhunderts) eingegangen ist. Bedenkt man aber dessen historischen Hintergrund, wirkt die Definition ebenso handgestrickt wie die „De-facto-Gleichsetzung“ von „konservativ“ und „vernünftig“. Die Bestimmung der liberalen Demokratie als eines Wegs der Konsensfindung, auf dem es genügt, daß Entscheidungen „rite beschlossen und verkündet werden“ und auf dem „Wahrheit und gute Gründe“ keine Rolle spielen (vgl. S. 48), riecht trotz verbaler Kautelen nach zu glatter Abkoppelung des Verfahrens von den Sachverhalten, als daß sie die Akzeptanz des demokratischen Systems auf die Dauer weniger gefährden können als Totalitätsphantasien der von Lübke mit Recht kritisierten „Emanzipationsbehinderten“. Dies muß aber nicht gegen Lübkes Grundposition insgesamt sprechen.

D. S.